Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 2,25 M., ins Haus geliefert 2,55 M., durch die Post bezogen mit Abtrag 2,49 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 10 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 25 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 50 Pf. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

46. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 244.

Nr. 83. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Gollasch, Namslau. | **Namslau, Donnerstag, den 17. Oktober.** | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1918.**

Wilsons Antwort.

Haag, 15. Oktober. Staatssekretär Lansing hat heute mittag dem Geschäftsführer der Schweiz, der mit der Vertretung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt ist, folgende Note überreicht:

Staatsdepartement vom 14. Oktober:

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Mitteilung folgender Antwort zu ersuchen:

Die vorbehaltlose Annahme der Bedingungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner Rede an den Kongreß am 8. Januar und in seinen folgenden Reden niedergelegt hat, durch die jetzige Regierung und die große Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigt den Präsidenten dazu, eine offene und unmittelbare Erklärung über seinen Entschluß im Hinblick auf die Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 zu machen. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß

die Fragen der Räumung als Vorbedingung des Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, die den Urteilen und der Auffassung der militärischen Ratgeber der Regierung der Vereinigten Staaten und der verbündeten Regierungen überlassen werden müssen.

Der Präsident erachtet es als seine Pflicht, zu sagen, daß die Vereinigten Staaten keine Regelung annehmen können, die keine absolut befriedigenden Sicherheiten und Bürgschaften für

die Aufrechterhaltung der jetzigen militärischen Ueberlegenheit

der Heere der Vereinigten Staaten und der Verbündeten im Felde enthalten. Der Präsident vertraut darauf, ruhig annehmen zu können, daß dies auch die Ansichten der verbündeten Regierungen sind.

Der Präsident fühlt sich auch verpflichtet hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er selbst völlig sicher sind, daß die mit den Vereinigten Staaten verbündeten Regierungen bereit sind, für einen Waffenstillstand zu stimmen,

solange die bewaffneten Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die unmenschliche und ungesetzliche Methode anzuwenden, die sie noch beibehalten haben.

Zur gleichen Zeit, wo sich die deutsche Regierung an die amerikanische Regierung um Friedensvorschläge wandte, waren deutsche U-Boote am Werke, auf hoher See Passagierdampfer zu versenken, und nicht allein die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passagiere und die Besatzung sich in Sicherheit zu bringen versuchten. Bei dem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich wenden die Deutschen eine Taktik ruchloser Vernichtung an, die immer als eine direkte Verletzung der Gesetze und Gebräuche einer zivilisierten Kriegsführung angesehen wird. Städte und Dörfer werden, wenn nicht vernichtet, so doch alles dessen, was sie besitzen, beraubt. Dies gilt nicht allein von dem, was sich in den Städten und Dörfern befindet, sondern auch häufig persönlich der Einwohner. Von den gegen Deutschland verbündeten Nationen kann man nicht erwarten, daß sie zustimmen werden, die Waffen ruhen zu lassen, solange diese Taten der Unmenschlichkeit, Plünderung und Verwüstung geschehen, welche sie jetzt mit Abscheu beobachten.

Um keine Möglichkeit eines Mißverständnisses bestehen zu lassen, ist es notwendig, daß der Präsident sehr nachdrücklich die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf den Wortlaut und die deutliche Absicht einer der Friedensbedingungen richtet, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Diese Bedingung ist in der Rede enthalten, welche der Präsident am am 1. Juli zu Mount Vernon hielt. Sie besagt folgendes:

„Die Errichtung jeder willkürlichen Macht, wo auch immer in der Welt, die auf eigene Faust, im Geheimen oder nach eigener Wahl den Weltfrieden stören kann. Falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, so muß sie wenigstens zur praktischen Ohnmacht gezwungen werden."

Die Macht, die bisher die deutsche Regierung beherrscht hat, ist eine der hier umschriebenen Art. Es ist der Wahl des deutschen Volkes überlassen, hier eine Aenderung zu treffen.

Die soeben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich die Bedingungen, welche dem Frieden vorausgehen müssen, wenn der Frieden durch das Auftreten des deutschen Volks selbst zustande kommen soll. Der Präsident fühlt sich verpflichtet zu sagen, daß die Friedensaktion seiner Regierung auch von der Entschiedenheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die betreffs dieses fundamentalen Punktes gegeben werden kann. Es ist notwendig, daß die gegen Deutschland verbündeten Regierungen vor allem wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine gesonderte Antwort an die kaiserliche und königliche Regierung Oesterreich-Ungarns richten.

Nicht amtlich. Berlin, 16. Oktober. Die Antwort des Präsidenten Wilson ist, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt, früher als man erwartet hatte, eingetroffen. Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegenäußerung der deutschen Regierung notwendig werden, so daß das praktische Ziel der Aussprache, die Herbeiführung eines Waffenstillstands und die Einleitung von Friedensverhandlungen, noch nicht sofort zu erreichen sind. Die Ausstellung des Prinzips ist nun, daß die durch die Räumung zu schaffende Lage die heutige Ueberlegenheit der Entente unangetastet lassen müsse. Im Zusammenhang mit dieser Frage erhebt die Note gegen die deutsche Kriegführung den Vorwurf der Ungesetzlichkeit und beschuldigt sie unmenschlicher Handlungen. Dieser Vorwurf ist unberechtigt und übersieht zum mindesten die militärische Notwendigkeit, unter deren Zwang die deutsche Heeresleitung handelt, so lange nicht die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht ist. Die deutsche Regierung hat die Hand dazu geboten, um die Leiden zu mildern und den Verwüstungen des Krieges überhaupt Einhalt zu bieten. Es ist also unbillig, ihr die alleinige Schuld an dem jetzt gewiß bedauernswerten Zustand in den bewohnten Kampfzone zuzumessen. Die Verantwortung der amerikanischen Note erfordert eingehende Beratungen. Dabei wird die deutsche Regierung sich weiter von dem Geiste der Versöhnlichkeit und dem Wunsche nach Beendigung des Blutvergießens leiten lassen und so ihren Entschluß unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes fassen.

— Unter der Ueberschrift „Rechtsfrieden oder Gewaltsfrieden" führt die Morgenpost aus: Wir haben lange gezögert, Herrn Wilson unser Vertrauen zu schenken, aber schließlich haben wir es getan in dem Glauben, daß es wirklich ein Rechtsfriede sei, den er vermitteln wolle. In der Tat aber ist das, was er uns in seiner neuesten Note zumutet, nicht die Grundlage, auf der ein Rechtsfrieden aufgebaut werden kann, sondern es sind die Vorbedingungen für einen Gewaltfrieden. Die Sprache der Wilsonschen Antwortnote ist hochmütig und verletzend. Der Ton, den er anzuschlagen für gut befunden hat, läßt nicht darauf schließen, daß er um die schnelle Wiederherstellung eines für uns erträglichen und für die Welt nützlichen Friedens besorgt ist und es muß von uns jedenfalls mit allem Ernst und Nachdruck zurückgewiesen werden.

— Im Berliner Tageblatt heißt es: Deutschland hat die Entsagung gezeigt, die bei schwachen Völkern den Tadel der Geschichte zu erwarten hat, die aber ein der Zukunft sicheres Volk nicht zu erwarten vermag. Wie aber steht es mit denjenigen, die alles Erreichbare erreichen könnten, und die entfesselte Triumphlust dahin treibt, daß noch Tausende am Wege verschmachten, noch Hunderttausende fallen müssen?

— Die Vossische Zeitung sagt: Die deutsche Regierung hat um Entsendung einer gemischten Kommission gebeten, um über den Waffenstillstand zu verhandeln. Statt hierauf einzugehen, leitet Präsident Wilson eine Diskussion über gesetzwidrige Handlungen ein, die angeblich von den deutschen Truppen vorgenommen worden sein sollen. Den praktischen Zweck der Förderung und Beschleunigung des Waffenstillstandes und des Friedens kann der Präsident mit dieser Methode nicht befolgen. Er scheint vielmehr die Absicht zu haben, die Diskussion in die Länge zu ziehen, um die militärische Ueberlegenheit der Entente, von der er spricht, noch weiter auszugestalten.

Politische Rundschau.

Vor der letzten großen Entscheidung.

Die weltgeschichtlichen Ereignisse des Weltkrieges haben sich nun mit der Antwort Deutschlands auf die Wilsonsche Note derartig in den letzten Tagen zusammengedrängt, daß es sich binnen kurzem entscheiden muß, ob der Weltkrieg durch einen Waffenstillstand und einzuleitende Friedensverhandlungen ein Ende nehmen oder die letzte Entscheidung mit den Waffen gesucht werden muß. Im allgemeinen deutet die Entwicklung der Lage darauf hin, daß die Friedensverhandlungen wahrscheinlich beginnen können. Das Reuterbüro meldet aus Washington, daß die deutsche Note an Wilson eine befriedigende Antwort seiner Fragen darstelle. Auch wollen die neuen Züricher Nachrichten erfahren haben, daß Wilson in seinen Bemühungen für die Herstellung des Friedens auch von Seiten Englands Unterstützung erhalten habe und daß auch von Frankreich ein Einlenken zu erwarten sei. In den Verbandsmächten gibt sich natürlicherweise auch da und dort eine Verstimmung darüber kund, daß sich Deutschland mit der Frage des Waffenstillstandes und des Friedens nur an den Präsidenten Wilson gewandt habe, es wird daher in London, Paris und Rom auch noch behauptet, daß die Verbandsmächte nun auch erst ihre besonderen Bedingungen für den Waffenstillstand stellen würden. Deutschland hat sich aber im Einvernehmen mit Oesterreich an den Präsidenten Wilson wegen der Einleitung von Friedensverhandlungen gewandt und die von Wilson aufgestellten Grundlagen für die Friedensverhandlungen angenommen, also muß es auch bei dem Festhalten dieser wichtigen Punkte bleiben, wenn das Friedenswerk nicht scheitern soll.

Die Antwort der deutschen Regierung an Wilson und deren Aufnahme in England und Frankreich.

Aus dem Haag wird gemeldet, daß die Antwort der deutschen Regierung an Wilson in London eine große Begeisterung hervorgerufen hat. Die Nationalhymne wurde in den Straßen gesungen und die Vorstellungen in den Theatern und Konzertsälen wurden unterbrochen. Eine ähnliche Aufnahme fand die Kundgebung von der deutschen Antwort an Wilson in Paris, nur daß die Franzosen sich noch überschwenglicher als die Engländer gebärdeten und den wildesten Hoffnungen in Bezug auf ihre nationalen Wünsche Raum gaben.

Die Aufnahme der deutschen Antwort an Wilson in den neutralen Staaten.

In der Schweiz, in Holland, in Dänemark und in Schweden hat die deutsche Antwort auf Wilsons Note den besten Eindruck gemacht. Die Zeitungen der neutralen Staaten erklären, daß die deutsche Antwort unzweideutig und ehrlich sei und man könne sie als ein sehr weitkommendes Entgegenkommen bezeichnen. Sie enthalte ein reines und klares ja auf die Fragen des Präsidenten Wilson und die deutsche Antwort könne das Ende des Weltkrieges bedeuten. Natürlich seien noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Wäre aber erst der Waffenstillstandsvertrag geschlossen, so werde wohl auch der Weltfrieden erreicht werden.

Japan und Amerika in der Friedensfrage solidarisch.

Nach einer Basler Meldung aus Tokio soll sich die japanische Regierung mit der Wilsonschen Note in Bezug auf die Bedingungen für die Herstellung des Friedens solidarisch erklärt haben.

Warum Deutschland den Präsidenten Wilson als Friedensvermittler wählte.

Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg hat in einer Unterredung mit dem Direktor der „Nordd. Allg. Ztg." auf die Frage, warum sich Deutschland an den Präsidenten Wilson gewandt habe, erklärt, daß der Präsident Wilson derjenige unter den Gegnern Deutschlands sei, der positive Friedensziele aufgestellt habe. Auch habe sich die neue deutsche Regierung in dem wichtigsten Punkte, nämlich zu der Herstellung eines Rechtsfriedens, und in der Ablehnung jeder Art von Gewaltfrieden mit dem Präsidenten Wilson in voller Uebereinstimmung befunden. Die jetzige deutsche Regierung wisse auch, daß sie mit diesen Zielen die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich habe. Mit seiner Rückfrage habe daher der Präsident Wilson auch erfahren wollen, ob die völkerrechtlich zur Verhandlung berufene Autorität Deutschlands nicht nur auf dem Bekenntnisse zum Rechtsfrieden stehe, sondern daß dies auch die Meinung des deutschen Volkes in seiner Vertretung durch die Mehrheit des Reichstages sei. Diese Frage Wilsons konnte von der jetzigen Deutschen Regierung mit einem glatten Ja beantwortet werden. Tatsächlich hätten wir jetzt in Deutschland eine Regierung, welche die Einwirkung des Volkes auf die Lenkung seiner Geschicke auf breitester Grundlage sichergestellt habe.

Der Wechsel der Regierungsämter in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg wird gemeldet, daß der Bürgermeister von Straßburg Dr. Schwander den an ihn ergangenen Ruf, Statthalter von Elsaß-Lothringen zu werden, angenommen hat. Auch ist eine Entscheidung getroffen worden, daß der elsaß-lothringische Reichstagsabg. Hauß Staatssekretär der elsaß-lothringischen Regierung wird. Man möchte daher nach dieser Umwandlung in den höchsten Regierungsämtern für Elsaß-Lothringen nun auch wünschen, daß Elsaß-Lothringen schleunigst die Rechte eines deutschen Bundesstaaten erhält.

Eine wichtige Kundgebung des Deutschen Volksbundes in Oesterreich.

Nach einer Wiener Meldung hat der deutsche Volksbund in Oesterreich am Sonnabend in Wien eine große Versammlung abgehalten, in welcher nach den Ansprachen der Abgeordneten Kittinger und Dr. Waber einstimmig beschlossen wurde, daß festzustellen sei, daß das deutsch-österreichische Volk im Weltkriege für den Herrscher und für den Staat in überreichem Maße Opfer an Gut und Blut gebracht habe. Da nun aber durch Erklärungen der österreichischen Regierung die bisherige Staatsform in Oesterreich aufgegeben werden solle, so sehen sich die Deutschen in Oesterreich vor die Notwendigkeit gestellt, daß sie

den slawischen Völkerschaften Oesterreichs gewährte freie Selbstbestimmungsrecht auch nun vollständig für sich in Anspruch nehmen. In diesem Sinne hätten sich alle deutschen Abgeordneten Oesterreichs ohne Unterschied der Partei zusammengefunden und vorbereitende Maßregeln getroffen, die geeignet erschienen, um auf einer reinen nationalen Grundlage ein Deutsch-Oesterreich zum Wohle des ganzen deutschen Volkes erstehen zu lassen. Man kann aus dieser Beschlußfassung der deutschösterreichischen Abgeordneten erkennen, welche staatlichen Umwandlungen in Oesterreich für notwendig erachtet werden.

Amnestieerlaß des Kaisers und der deutschen Bundesfürsten.

Nach einer Berliner Meldung hat der Kaiser den Reichskanzler und den preußischen Justizminister beauftragt, solche Personen, die vom Reichsgericht oder von preußischen Oberlandesgerichten einschließlich der außerordentlichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Streikaktionen aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen bestraft sind, in weitem Umfange zur Begnadigung vorzuschlagen. Ein gleicher Auftrag ist von den deutschen Bundesfürsten und den Senaten der freien Hansastädte wegen der in ihrem Gebiete ergangenen gleichartigen Straftaten ergangen.

Eine neue Kanzlerkrisis.

In sehr unliebsamer Weise hat das Bekanntwerden eines Briefes, welchen der Reichskanzler vor Jahr und Tag an den in der Schweiz lebenden Prinzen von Hohenlohe über die Lösung der belgischen Frage geschrieben hat, zu einer neuen Kanzlerkrisis geführt. Der Reichskanzler hatte in dem Briefe sich nicht rückhaltslos für die Wiederherstellung Belgiens ausgesprochen und man hat daraus in den parlamentarischen Kreisen Deutschlands ein Mißtrauensvotum gegenüber dem Reichskanzler zu drehen versucht. Es ist indessen aber vernünftigerweise damit zu rechnen, daß unser jetziger Reichskanzler damals nicht Reichskanzler und auch nicht Minister war und sehr wohl das Recht hatte, in einem Privatbriefe seine Meinung über die Lösung der belgischen Frage auszusprechen, und diese Meinung kann sich inzwischen bei dem Prinzen Max von Baden und nachdem er auf den Posten des Reichskanzlers mit der Unterstützung und auf den Wunsch der Mehrheitsparteien berufen war, auch geändert haben. Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben deshalb wiederholt Beratungen in dieser Angelegenheit abgehalten, und die bürgerlichen Parteien wurden auch durch die in der Angelegenheit abgegebenen Erklärungen des Reichskanzlers befriedigt. Nur die Sozialdemokraten hatten sich ihre Entschließung vorbehalten. Es ist aber zu hoffen, daß sich die Krisis inzwischen hat beseitigen lassen, denn es kommt jetzt wohl in der bedrängten Lage Deutschlands alles darauf an, den inneren Zusammenhalt zu stärken, und alle weiteren Krisen zu vermeiden.

Präsident Wilson und Deutschlands berechtigte Forderungen.

Die Nordd. Allg. Ztg. erhält folgende Beratung aus Hellingfors: Die Zeitung „Sonomat" erklärte, Wilsons Bedingungen erhielten nichts Demütigendes für Deutschland. Er wolle sich nur dessen versichern, daß Deutschland am Verhandlungstisch keine Ueberraschungen bereitet. Wenn Deutschland Wilsons Autorität vertraue, werde er bereit sein, Deutschlands berechtigte Forderungen auch gegen Amerikas jetzige Bundesgenossen zu verteidigen.

Die Lage an der Westfront.

Nach den amtlichen Heeresberichten sind die letzten großen Angriffe der Feinde wiederum geschlitert und hat sich zumal an der Front in der Champagne die große Abwehrschlacht der Armee des Generals von Einem als für uns siegreich erwiesen. Auch meldet der Züricher Anzeiger, daß mit großer Ueberraschung festgestellt wurde, daß die großen Angriffe der Verbandsmächte an der Westfront in den letzten 14 Tagen keine größeren Fortschritte als höchstens 15 Kilometer an den hauptsächlichsten Angriffsstellen erreicht hätten. Diese Tatsache sei ein sicherer Beweis für die groß Widerstandskraft des deutschen Heeres.

Der Präsident Wilson und der englische Ministerpräsident Loyd George und Elsaß Lothringen.

Die angesehene holländische Zeitung „Middelburgsche Courant" weist darauf hin, daß weder Wilson noch Loyd George jemals von völliger Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich gesprochen haben. Frankreich müsse also bekannt sein, daß seine Verbündeten nicht mit seinen äußersten Forderungen übereinstimmten.

Lokales.

?? Namslau, 16. Oktober. (Landwirtschaftliches.) Der kleine Landbesitz der Provinz hat wie der Neisser Zeitung von sachkundiger Seite geschrieben wird, die Herbstbestellung im großen und ganzen ziemlich durchgeführt. Obgleich der Kohlenmangel sich störend fühlbar macht, hat auch der Großgrundbesitz bereits den überwiegendsten Teil seines für die Herbstbestellung in Betracht kommenden Bodens bearbeitet. Die Rübenernte hat in den meisten Teilen der Provinz bereits eingesetzt. Bei der diesjährigen Kampagne macht sich der Mangel an Arbeitskräften und Gespannen besonders hemmend bemerkbar. Die Zuckerrübenernte ist, wie jetzt schon abschließend bemerkt werden kann, nach jeder Richtung hin befriedigend. Der Großgrundbesitz hat nun ebenfalls mit dem Roden der Kartoffelfelder begonnen. Die verhältnismäßig trockene Witterung kommt der Winteremlagerung der Kartoffeln sehr zu statten. Eine trockene Einlagerung der Kartoffeln mindert den Schwund sehr beträchtlich. — Die Gemüse- und Kartoffeltrocknereien haben ihre Haupttätigkeit aufgenommen. In diesem Jahre werden noch größere Mengen als in früheren Jahren auf diesem Wege konserviert. Der zweite Wiesenschnitt ist überall wohl eingebracht. Er hat durchweg ein gutes Ergebnis geliefert. Auf den Feldern macht sich in diesem Jahre eine ungewöhnlich starke Mäuseplage bemerkbar, deren systematische Bekämpfung zur unabweislichen Notwendigkeit wird.

△ (Armenverein.) Am Montag abend hielt der Armenverein im „Braustübel" eine Generalversammlung ab. Der Vereinskassierer, Herr Pfarrer Pasternak, der seit August 1917 die Kassengeschäfte führt, gab die Kassenabschlüsse seit 1. April 1914 bekannt, die im allgemeinen als recht günstige bezeichnet werden können. Die Jahresrechnungen sind vom Herrn Kaufmann Ploschke geprüft und richtig befunden worden. Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Schulz dankte dem Rechnungsleger für gehabte Mühewaltung, worauf demselben Entlastung erteilt wurde. — Die Zahl der Unterstützten beträgt zur Zeit 21. — Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Es wurden gewählt: die Herren Pastor Scholz, Kaufmann Friedrich und Kaufmann Freyer auf die Zeit von 1916—1919, die Herren Bürgermeister Schulz, Pfarrer Pasternak und Pastor Fuhrmann auf die Zeit von 1917—1920 und die Herren Hauptlehrer Bönnighausen, Rentier G. Kruber und Pastor Melz auf die Zeit von 1918 bis 1921.

= (Grippe.) Von der Grippe, die sich immer mehr ausbreitet, sind auch in hiesiger Stadt zahlreiche Erwachsene und Schulkinder befallen. Die Schulklassen sind sämtlich bereits sehr gelichtet. Leider nehmen die Erkrankungen in vielen Fällen einen ernsten Charakter an. Auch im Kreise sollen viele Personen grippekrank sein. Verschiedene Betriebe werden durch die vielen Erkrankungsfälle ganz empfindlich getroffen. — Es wird dringend empfohlen, wenn die ersten Kennzeichen der tückischen Krankheit, nämlich Kopfschmerzen, Fieber und Beschwerden der Atmungsorgane sich bemerkbar machen, der Ruhe zu pflegen und den Ausbruch der Krankheit durch eine Schwitzkur zu unterstützen. In jedem Falle ist es ratsam, den Arzt herbeizurufen.

Die hies. Schulen wurden infolge der zahlreicher gewordenen Grippenfälle unter den Schülern bis nächsten Sonnabend geschlossen.

= (Der Auftrieb von Pferden) auf die Viehmärkte in Fraustadt ist, wie der dortige Magistrat den benachbarten Städten mitteilt, dringend erwünscht.

= (Der Arien- und Liederabend), den am Freitag, den 18. d. M., Frau Elsa Ollner—Wallner im Grimm'schen Saale veranstaltet, verspricht einen hohen Kunstgenuß. Die Rezensionen über ihre Leistungen im ersten diesjährigen Symphoniekonzert in Breslau lauten außerordentlich günstig. So heißt es in einem bezüglichen Bericht u. a.: Frau Ollner—Wallner steht nicht mehr an der Schwelle, sie ist längst bewußt im heiligen Tempel der Kunst. . . . Das starke musikalische Empfinden von Frau Ollner—Wallner findet für das Lyrische und Dramatische adäquaten, charakteristischen Ausdruck und verschafft ihren Vorträgen damit freien Eingang in die Brust des Hörers. — In einer andern Rezension lesen wir: Man hörte ein flüssiges Legato, warme, volle Töne von bemerkenswertem Ebenmaß, eine makellose Textaussprache und erfreute sich an den breiten Spuren gediegener Stimmbildung. — So glauben wir, den Arien- und Liederabend zu recht zahlreichem Besuch wärmstens empfehlen zu können.

= (Personalnotiz.) Dem Herrn Professor Dr. Alfred Bielschowsky, Direktor der Universitäts-Augenklinik in Marburg a. d. L., ist der Titel „Geheimer Medizinalrat" verliehen worden. Herr Geheimrat Bielschowsky ist ein Kind hiesiger Stadt.

Wohltätigkeitsveranstaltung für das Krüppelheim.

Für das Krüppelheim hatte der durch seine caritativen Bestrebungen bekannte Herr Friedländer einen Unterhaltungsabend im Hotel „zur goldenen Krone" am Dienstag Abend veranstaltet. Es hatten sich gegen 200 Personen versammelt, die den Darbietungen gespannteste Aufmerksamkeit schenkten. In humorvoller Weise waltete Herr Friedländer seines Amtes als Conferencier, trug dann geradezu künstlerisch mehrere dramatische Gedichte vor, von denen das Hexenlied von Wildenbruch und der Strike der Schmiede stürmischen Beifall auslösten. Herr Kapellmeister Bochnig hatte sich freiwillig in den Dienst der guten Sache gestellt und wußte durch seine technisch meisterhafte Behandlung der Violine größten Beifall auszulösen. Den Rest des übrigen Programmes bestritten die Felograuen selbst, unter denen beachtenswerte Künste am Klavier, Geige und Flöte sich betätigten. Ein Offizier-Stellvertreter, der sich um das Gelingen der Sache auch sonst verdient gemacht hat, trug mit wohlgeschulter Stimme einige freundliche Lieder vor. Der Veranstalter kann über einen wohlgelungenen Abend quittieren. Wir richten an den Veranstalter die Bitte, das gut durchgeführte Programm auch weiteren Kreisen durch öffentliche Vorstellung zugänglich zu machen. Der Erfolg dürfte nicht fehlen.

Gefundenes Geld.

Es wäre schade, die Apfel- und Birnenschalen wegzuwerfen. Wer solche an der Sonne, am Ofen oder anderem warmen Ort getrocknet, abliefert, erhält für das Kilo 1 Mark. Auch die kleinste Menge ist willkommen. Die Schalen werden der Hygiene entsprechend, gereinigt, durch ein besonderes Verfahren zu einem wichtigen Bestandteil eines Tee-Ersatzes umgearbeitet, der dann umgekehrt dem Geber in der fertigen Ware als billiges, aber ganz hervorragendes Volksgetränk, markenfrei, wieder zugute kommt. Also doppelter Vorteil für die Gabe! — Schon aus volkswirtschaftlichen Gründen, zur Abhilfe der Nahrungsmittelknappheit, möchte dies die volle Beachtung der Allgemeinheit finden. — Die Sammelstellen sind durch Plakate kenntlich! (Siehe auch Inserat)

— Präsident Wilson hat in seiner Botschaft vom 8. Januar unter Punkt 13 als Friedensbedingung formuliert:

„Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder umfaßt, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unversehrtheit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten, sollte erreicht werden."

Seine Erklärung im Reichstage am 5. Oktober lassen erkennen, daß dieser Punkt von Polen als auf die Abtretung Posens und Danzigs abzielend ausgelegt wird. Mangels scharfer Stellungnahme der Regierung gegen diese Meinung murmelt

Heidezauber.

Roman von Anny Wothe.

16. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Es ist sehr freundlich von der Prinzessin, mein liebes Kind," sagte Frau Rehmann herzlich, „Lotte einzuladen; aber ich muß doch für die Kleine ablehnen; sie bleibt zu Hause."

„Die Prinzessin wird auf das Tiefste verletzt sein, Frau Pastor," wandte Elinor, welche die Fügkeit von Wolfgangs Mutter zur Genüge kannte, schüchtern ein.

„Und ich werde mich tot heulen, wenn ich nicht darf!" rief Lotte und stampfte die noch von der Heide vorhandenen „Nägelbeschlagenen" auf den Boden, daß es dröhnte.

„Deine Manieren sind sehr heftig," warf Maria Magdalena spitz ein.

Lotte drehte ihr eine lange Nase und tippte dann mit ihrem Zeigefinger bezeichnend gegen die Stirn.

„Es bleibt dabei, was ich gesagt habe," entgegnete die Pastorin fest. „Ueber meine Kinder bestimme ich, nicht die Prinzessin. Ich habe Wolfgang nur zu viel Freiheiten gelassen, sein Verkehr im Hause entfremdet ihn uns; ich will aber nicht auch Lotte dem Hochmutsteufel verfallen sehen, wozu der erste Schritt getan ist, wenn sie der Einladung der Prinzessin folgt. Im übrigen bin ich nicht für einen einseitigen Verkehr, wo der eine der Gebende, der andere der Nehmende ist. Immer gleich zu gleich, so habe ich es immer gehalten."

„Es wird sich aber doch nicht anders tun lassen, Mama," mischte sich auch der Professor jetzt ins Gespräch. „Ich bin meiner Stellung und vor allen Dingen auch meiner hohen Schülerin Rücksichten schuldig, und da wäre es wirklich sehr angebracht, wenn du den Willen der Prinzessin erfülltest und Lotte einmal hinschicktest."

„Meine Kinder sind kein Spielzeug für Fürstenkinder," entgegnete die Pastorin erregt. „Dich hat sie schon ganz und gar mit Beschlag belegt."

Wolfgang fühlte, daß er rot wurde bei den Worten seiner Mutter.

„Du hast ganz recht Tante," schoß Maria Magdalene. „Die Prinzessin beansprucht Wolfgang in einer Weise, die uns gar nicht mehr dazu kommen läßt, ihn zu sehen. Seine Gesundheit leidet unter den unaufhörlichen Vergnügungen, und es ist wirklich notwendig, daß du ein ernsthaftes Wort sprichst."

Ein feines, ironisches Lächeln irrte um Elinors Lippen.

„Trinken Sie noch immer Fliedertee gegen Ihre angegriffene Gesundheit, Herr Professor?" fragte sie und blickte ihm kampfeslustig in die Augen. Er gab ihr den Blick in gleicher Weise zurück, konnte aber doch nicht verhindern, daß er abermals errötete, als sie ihn anscheinend harmlos fragte:

„Dann sind Sie wohl auch nicht morgen bei der Schlittenpartie?

Maria Magdalene kämpfte mit einer Ohnmacht, als sie schon wieder von einer Schlittenpartie vernahm. Sie wollte heftig protestieren, allein Lotte unterbrach sie lachend, indem sie rief:

„Es ist wirklich zum Totlachen, daß du und Mama glaubt, Wolfgang trinke Fliedertee, heiße Milch mit Selterwasser und gehe alle Abend mit sechs Senfpflaster schlafen. Von Senfpapieren hat er schon eine hübsche Sammlung, und mit dem Fliedertee, der ihn angeblich immer wieder herstellt, begießt er alle Abende die Bäume im Garten — na, wenn die nicht groß wachsen!"

Elinor kämpfte mit verzweifelnder Lachlust. Die Pastorin, die sie liebte, und deren viele guten Eigenschaften sie hochschätzte und achtete, gab doch ein zu klägliches Bild ab, und Maria Magdalene in ihrer Entrüstung, die sich wie ein Strom über den Missstäter ergoß, war nicht minder komisch.

Wolfgangs Züge umspielte ein leises Lächeln, in seinen Augen aber blitzte es so drohend auf, daß Maria Magdalene verstummte und es auch die Pastorin für geraten fand, jetzt zu schweigen.

Sie sagte nur schüchtern:

„Wir haben morgen unsern kleinen Leseabend, lieber Junge; ich dächte, da wäre es gut, wenn du nicht schliefst."

Die Augen seiner Braut hingen angstvoll an den seinen. Das war ein Befehl für ihn, er mußte nun bleiben; bis jetzt hatte er sich den sanft einlenkenden Worten seiner Mutter stets befügt."

„Du wirst sicher bei uns bleiben, Wolfgang," sagte das junge Mädchen, sich fest an ihn schmiegend, „nicht wahr?"

Mit einem fast ausgesprochenen Widerwillen schob Wolfgang ihre zärtlich liebkosende Hand zurück und entgegnete:

„Sie können versichert sein, Gräfin, daß ich morgen bei der Partie bin. Darf ich den hohen Vorzug haben, Sie zu fahren?"

Ein heißes Erröten flammte über Elinors Gesicht. Sie wußte, was es ihn gekostet hatte, diese Frage an sie zu richten.

„Ich bedauere sehr, Herr Professor," sagte sie kühl, sich gleichzeitig zum Aufbruch rüstend. „Das Los hat bereits entschieden."

„Und wie?" fragte er gespannt.

„Sie fahren die Prinzessin Erika hin und zurück."

„Und Sie, wer wird Ihr Kavalier sein?"

„Auf der Hinfahrt der Rittmeister von Riendorf, auf der Rückfahrt der Erbprinz."

Die Gräfin sagte es mit einem gewissen Stolz und drückte die Schwanenpelzkappe auf ihr Köpfchen.

Er neigte erbleichend das Haupt und entgegnete kühl:

„Dann wünsche ich eine fröhliche Fahrt. Darf ich Sie jetzt zum Wagen geleiten?"

Und sie legte, nach herzlichem Abschied von den anderen, ihren Arm in den seinen, so fremd und kühl, als wären sie niemals „singend über die Heide" gegangen, als hätten sie nie zusammen gelacht und süß gescherzt.

In Maria Magdalenens Augen aber blitzte es triumphierend auf und ihre Lippen murmelten mit selbstgefälligem Lächeln: „Die lassen sich bis in alle Ewigkeit."

Lotte aber lief zum Fenster und sah dem jungen Paare nach, dem der Diener folgte.

„Ist's nicht wie im Märchen, Mama," jubelte sie, „und ist Elinor nicht, als wäre sie ein verwunschenes Königskind? O, ich liebe sie; ich glaube, ich könnte für sie sterben! Sterben soll zwar schrecklich schwer sein, aber es schadet nichts, ich tue es doch, wenn es sein muß, und kein Fliedertee soll mich davon abbringen. Jetzt aber muß ich schnell einmal zu Christel und ihr erzählen, daß ich an den Hof soll. Na, die wird Augen machen!

Fortsetzung folgt.

man im Volke in dumpfer Verzweiflung, daß die Loslösung Posens, Danzigs und wirtschaftlich wertvoller Teile Westpreußens vom Königreich Preußen beschlossene Sache sei oder zur Erreichung eines Verständigungsfriedens in den Kauf genommen werden müsse. Ein Schrei des Entsetzens gellt durch die bedrohten deutschen Teile deutscher Ostmark. „Unzweifelhaft polnische Bevölkerung" lebt nur in dem nicht preußischen Posen. Kein Kreis, keine Gemeinde in den Provinzen Posen und Westpreußen und Oberschlesien, in der nicht überall neben Polen auch zahllose Deutsche wohnen. Danzig und die Weichselmündung haben nur deutsche Bevölkerung.

Soll Ostpreußen vom Rumpf des Mutterlandes wieder losgelöst werden, wie es vor 200 Jahren war? Soll unsere nationale Entwicklung 200 Jahre zurückgeworfen werden?

Ein Verständigungsfriede ist nur dann möglich, wenn nicht die deutsche Ostmark von fremdem Blute unterjocht, wenn sie nicht fremdem Wirtschaftsleben einverleibt wird, wenn der Bundesstaat Preußen lebensfähig bleibt. Die ehrwürdige Marienburg, das Sinnbild unverwüstlicher Kraft des Deutschtums, deutscher jahrhundertealter Kulturarbeit, das Sinnbild deutscher Ordensritterschaft und rastloser Hohenzollernarbeit, muß preußisch bleiben. Sollen Elbings Schiffswerften verschwinden, soll Danzigs deutscher Handel von Preußen losgelöst werden, soll die Weichselmündung wirklich von fremder Macht von slawischem Staate beherrscht werden? Ohne Danzig und die Weichselmündung ist der Ostseehandel großer Teile Schlesiens, ganz Ostpreußens, Westpreußens und Posens dem deutschen Einfluß unrettbar verloren; Millionen Werte werden preisgegeben. Im Innern aber ist der Verkehr mit Ostpreußen auf direktem Wege unmöglich, Ostpreußen muß abgeschlossen verkümmern. Westpreußen und Posen sind das wichtigste Anbaugebiet für Gerste und Kartoffeln, eines der wichtigsten Rindviehzucht- und Pferdezuchtgebiete; unsere Versorgung durch die heimische Landwirtschaft ist nach Loslösung dieser Gebiete unmöglich, zumal aus Ostpreußen dann nur über die See oder durch fremdes Staatsgebiet eingeführt werden. Posen ist ein wichtiges Zuckerrübenanbaugebiet. Der bürgerliche und Kleingutbesitz überwiegt in allen Teilen der Ostmark, besonders aber in Westpreußen, und auch der Anbaufläche nach, denn nur 36 v. H. von Westpreußens Landwirtschaft besitzt über 100 Hektar. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Posen.

Wo sollen die Millionen deutscher Arbeiter beschäftigt werden, wenn Schichaus Werften, Danzigs und Neufahrwassers Häfen, wenn der Weichselstrom und damit die große Schiffahrt bis weit zur Warthe hin, wenn Posens Zuckerhandel und Danzigs Getreidehandel von Preußen abgeschlossen sind? Und wie stehts mit den oberschlesischen Kohlengebieten? Deutschlands Kraft beruht auf seiner Kohle. Will man Lothringens Eisenerze und Schlesiens Kohlenbergbau dem Auslande überliefern und uns wirtschaftlich dauernd abhängig machen, sollen Millionen Arbeiter brotlos werden und auswandern? Die dann verbleibende Heimat kann sie nicht beschäftigen.

Und zwingt die militärische Lage zu diesem Entschluß? Raffen wir uns alle mannhaft auf, heraus mit allen Kriegsverwendungsfähigen jeden Alters an die Front. Die heilige Not duldet kein Verbleiben in der Heimat, niemand ist jetzt dauernd unersetzlich.

Unsere Lande sahen unter dem großen Kurfürst, sahen unter Friedrich dem Großen viel schwerere Tage, als unsere. Unsere Ahnen erkannten, daß Handel, Industrie und Landwirtschaft nur erblühen können in einem national erstarkten Staate und kämpften sich deshalb durch. Ostpreußen sah das Morgenrot der Freiheitskriege, schlesische Landwehr schlug unter Blücher an der Katzbach napoleonische Heere, die Väter und Söhne der Ostmark schützten 1914 zuerst die deutschen Lande vor den Russen. Ostpreußen wurde von der Russennot errettet und nun sollen viel weitere Gebiete einfach preisgegeben werden?

Deutsche aller Stämme, helft euren Brüdern, euren Schwestern. Wir wollen preußisch bleiben, wir wollen es nicht dulden, daß man den Hohenzollernstaat zertrümmert. Der Kaiser aber sage, daß er uns nicht verlassen will. Er verwaltet Bismarcks Erbe.

Provinzielles.

Breslau. Der Grippeerkrankungen wegen wird der Unterricht in sämtlichen hiesigen Schulen von heut, den 15. Oktober, ab bis zum 28. Oktober ausgesetzt.

Münsterberg. In der Präservenfabrik stürzte der Arbeiter Heinrich Fischer, der eine Welle ölen wollte, kopfüber in die Maschine, die ihn furchtbar verstümmelte. Der Mann war auf der Stelle tot.

Waldenburg. Der Bergmann Karl Jäkel wurde durch hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet und getötet.

Jauer. Hier nehmen die Typhuserkrankungen immer mehr zu. Es sind deshalb behördlicherseits freiwillige Typhusschutzimpfungen anberaumt worden. — Neben Typhus tritt auch die Grippe in größerem Umfange auf.

Görlitz. Magistrat beabsichtigt, im Verein mit der Handelskammer der Oberlausitz städtisches Notgeld im Gesamtwerte von 1 500 000 Mark anfertigen zu lassen und zwar: für 500 000 M. 50-Pfennigscheine und für 1 Million Mark 10 Markscheine.

Bogutschütz. Beim Sandholen wurden zwei Schulknaben verschüttet; es gelang, einen derselben aus seiner gefährlichen Lage zu befreien, der andere war bereits tot, als er unter den Sandmassen hervorgezogen wurde.

Kirchliche Nachrichten.

Am 21. Sonntag n. Trin. den 20. Oktober außerordentlicher allgemeiner Landesbettag:
Vorm. 8 Uhr Pastor Fuhrmann.
Vorm. 10 Uhr Pastor Fuhrmann.
Kollekte für die bedürftigste Gemeinde der Provinz Schlesien.
Freitag, den 25. Oktober vorm. 9 Uhr Beichte und Abendmahl: Pastor Fuhrmann.
Die Kriegsbetstunden am Donnerstag den 17. und 24. Oktober fallen aus.

Reichthal: 20. Oktober 10 Uhr.
Droschkau: 20. Oktober 3 Uhr.

Stadt-Sparkasse Namslau.

9. Kriegsanleihe.

Zeichnungsfrist 23. September bis 23. Oktober 1918 mittags 1 Uhr.

Es ist Pflicht eines Jeden, auf die 9. Kriegsanleihe zu zeichnen. Jeder Betrag von 1 Mark an kann gezeichnet werden. Zeichnungsscheine sind bei uns vorrätig.

Die Herren Geistlichen und Lehrer werden **auch für unsere Stadt-Sparkasse** Zeichnungen vermitteln. Wenn irgend welche Zweifel auftauchen, kommt zur Stadt-Sparkasse, dort wird bereitwilligst jede Aufklärung erteilt.

Verwaltungsrat der Stadt-Sparkasse.
Schulz.

9. Kriegsanleihe.

Die **Kreissparkasse Namslau**
nimmt **vom 23. September bis zum 23. Oktober, mittags 1 Uhr**
Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe
entgegen.

Zeichnungsscheine sind im Amtslokal der Kreissparkasse erhältlich und werden auf Ersuchen portofrei übersandt.

Die Herren Amts-, Guts- und Gemeindevorsteher, sowie die Herren Geistlichen und Lehrer werden — wie bei den vorigen Anleihen — Zeichnungen für die Kreissparkasse vermitteln.

Auf Antrag übernimmt die Kreissparkasse auch die Verwahrung und Verwaltung der Kriegsanleihen.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats.
Dr. Sayur, Landratsamtsverwalter.

Namslau, den 16 Oktober 1918.
Ausgabe von Talg.
Den Fleischereien ist in dieser Woche eine kleine Menge Talg zum Verkauf an die Bevölkerung (gegen Fleischkarte) zugeteilt worden. Ich mache dies hiermit öffentlich bekannt.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Sayur, Landratsamtsverwalter.

Tüchtige Bürohilfskraft
für die **Kreisbekleidungsstelle zum sofortigen** Antritt gesucht. Alter nicht unter 16 Jahren. Männliche Bewerber werden bevorzugt. Gehalt nach Vereinbarung. Meldungen Kreishaus Langestr. Nr. 2, Zimmer 1.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Sayur, Landratsamtsverwalter.

Flaschen, Altpapier, Obstkerne, welke, trockene, abgefallene Blätter, getrocknete Aepfel- und Birnenschalen
können gegen Vergütung von nun auch in der Nebensammelstelle **Reichthal, J. R. Marck** abgegeben werden.
Ortsausschuß für Sammel- und Helferdienst
Kreisstelle Namslau, Wilhelmstr. 18.

Welke, trockene, abgefallene Kirsch-, Apfel-, Birnbaum-, Linden- und Kastanien-
Blätter
nimmt in großen Mengen, nach Sorten gesondert und sauber, gegen hohe Sammelvergütung an
Sammelstelle Namslau, Wilhelmstr. 18.
Ortsausschuß für Sammel- und Helferdienst.

Statt Karten.
Für die vielen uns zur Verlobung unserer Tochter **Käte** erwiesenen Aufmerksamkeiten erlauben wir uns **herzlichsten Dank** zu sagen.
Namslau, den 16. Oktober 1918.
Grüger, Kgl. Kreissekretär und **Frau.**

Zeichnungsschluß der 9. Kriegsanleihe

Mittwoch, den 23. Oktober 1918.

Es ist dringende Pflicht jedes einzelnen, in der Stunde der Gefahr sein Vaterland nicht im Stich zu lassen!

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf von Roedern hat kürzlich die Kriegsanleihe

eine Hypothek auf das ganze Volksvermögen

genannt und noch einmal die **unbedingte Sicherheit** der Anleihen hervorgehoben. Er stellte ausserdem in Aussicht, dass die Kriegsanleihe-Besitzer vom Reiche durch verschiedene Massnahmen eine **Begünstigung** erfahren sollen. Nach Friedensschluss dürften die Anleihen

das große Zahlungsmittel

werden.

Darum handelt jeder im eigenen Interesse und nützt zugleich dem Vaterlande, wenn er sich an der Zeichnung beteiligt.

Als öffentliche Zeichnungsstelle nehme ich Zeichnungen **bis 23. Oktober** entgegen.

S. Bielschowsky
Bankgeschäft.

Gott dem Herrn hat es gefallen, am 15. Oktober nach achttägiger schwerer Krankheit heimzurufen seinen treuen Diener

Herrn Pastor

Johannes Scholz

im Alter von 30 Jahren.

Der Entschlafene hat in den nur 3½ Jahren seiner hiesigen Wirksamkeit durch sein gläubiges Zeugnis von Jesu Christo, seine unermüdliche Treue als Seelsorger, die Lauterkeit seines Charakters, sein freundliches, sonniges Wesen das Vertrauen und die Liebe der ganzen Gemeinde sich erworben. Wir alle trauern um ihn von Herzen und werden seiner nicht vergessen. Sprüche Sal. 10,7.

Er ruhe in Frieden und das ewige Licht leuchte ihm.

Namslau, den 16. Oktober 1918.

Der Gemeindekirchenrat und die Gemeindevertretung.
Fuhrmann, Pastor.

Die Beerdigung findet Freitag, den 18 Oktober, nachm. 2 Uhr von der Kirche aus statt.

Statt besonderer Meldung.

Am 11. Oktober starb nach schweren Leiden an den Folgen seiner Verwundung mein heissgeliebter, braver, einziger Sohn, unser treuer guter Bruder und Schwager, der

Fabrikbesitzer

Fritz Weiss

Leutnant in einem Res.-Feld-Artillerie-Regiment
Inhaber der Eisernen Kreuze II. und I. Klasse

im Lazarett zu Lingen a./Ems.

Namslau, den 12. Oktober 1918.

In tiefstem Schmerz

Emilie Weiss geb. **Schwarz**
Else Tarteyna geb. **Weiss**
Fritz Tarteyna, Architekt u. Maurermstr.
z. Zt. Graudenz

Zeit und Stunde der Beisetzung, die in Namslau stattfindet, wird noch bekannt gegeben.

Tief erschüttert und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, dass am 3. Oktober bei den schweren Kämpfen im Westen unser inniggeliebter, herzensguter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gefreite

Karl Golibrzuch

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse

im Alter von 34 Jahren den Heldentod fürs Vaterland erlitten hat.

Michelsdorf, im Oktober 1918.

Die schwergeprüften Eltern und Geschwister.

Ruhe sanft in fremder Erde.

Deutsche Frauenhaar-Sammlung.

Für bestimmte jetzt fehlende Rohstoffe hat sich Frauenhaar als vorzüglicher Ersatz bewährt; es dient besonders zur Herstellung von Treibriemen, Filtertüchern und für wichtige marinetechnische Zwecke zu Dichtungsringen usw.

Aus diesem Grunde ist die sorgfältige Sammlung dieses häufig achtlos fortgeworfenen Materials eine notwendige und dringende Pflicht.

Die Deutsche Frauenhaar-Sammlung — eine Gründung des Roten Kreuzes — mit dem Sitz der Zentrale in Magdeburg hat sich die Sammlung dieses Rohstoffes zur Aufgabe gemacht.

Das Material soll den Kriegszwecken, der Ertrag aus dem Material der Wohlfahrtspflege dienen.

Die bisherige kriegsamtliche Sammelstelle:

Ortsausschuß für Sammel- u. Helferdienst
Wilhelmstraße 18

nimmt das Haar an, zahlt für 100 Gr. ausgekämmtes Frauenhaar 2 M., gibt geeignete Sammelbeutel aus und erteilt jede gewünschte Auskunft. Jede deutsche Frau kann durch Beteiligung an der Sammlung ohne nennenswerte persönliche Opfer dem Vaterland wertvollen Dienst leisten. Möge die Sammlung reichen Ertrag bringen.

Dominium Ober-Wilkau
hat **Absatzferkel** abzugeben.

Grimm's Hotel
Freitag, den 18. Oktober 1918 abends 8 Uhr
Arien- u. Liederabend
von
Frau Elsa Ollner-Wallner Breslau.
Am Klavier:
Herr Rudolf Bilke Breslau.
Vorverkauf bei Herrn **Toebe.**
Nummerierte Plätze 2.50 M. und 1.50 M., Stehplatz 1 M.
An der Abendkasse erhöhte Preise.

Namslauer Lichtspiele
Grimms Hotel.
Sonntag, den 20. Oktober 1918:
4 Uhr und 8 Uhr.

Schicksalsfäden — Filmdrama in 4 Akten von S. Grossé.
Um 2 Uhr nachts — Detektiv Kom.
Halbinsel Krim. Von Balaklawa bis Baidar.
Personen unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.

Ein älteres, starkes
Ackerpferd
steht zum Verkauf in
Dominium Neu-Wilkau.

Heimarbeiter
gesucht.
Oscar Tietze.

Frauen und Mädchen
aus nicht landwirtschaftlichen Betrieben für leichte Arbeit gesucht.
O. Tietze.

Grundstück
mit großem Hof oder Garten zu kaufen gesucht. Off. an die Exp. d. Bl.

Eine Wirtschaft
10—60 Morgen zu kaufen oder pachten gesucht. Off. erbeten unter **Sch. 82** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ketten
als Ersatz für Stricke,
Leinen u. Leitzügel
in großen Mengen vorrätig.
Adolf Schönknecht, Namslau
Fernsprecher 288

Obstbaumlaub
Kirsch-, Apfel-, Birnen-, Linden- u. Kastanienlaub,
welches
infolge Reife oder Frost von den Bäumen
abgefallen ist, wird
zu guten Preisen in grössten Mengen, nach Arten getrennt, sauber verlesen und getrocknet
gekauft.
Auch Rosenblütenblätter werden angenommen.
Annahmestelle und Verteilung v. Anweisungen bei
Ortsausschuss für Sammel- u. Helferdienst.
Namslau, Wilhelmstr. 18.

Carbidlampen
wieder eingetroffen.
Glühwürmchen,
billigstes Licht der Gegenwart,
empfiehlt
Adolf Schönknecht, Namslau
Fernsprecher 288.

Ein gebrauchter, leichter
Arbeitswagen
sofort zu kaufen gesucht. Off. erbeten unter **N. M.** an die Exp. d. Bl.

Verkaufe meine sämtlichen
Jahrmarktsbuden.
Miosge.

Eine Drehrolle
steht zum Verkauf
Brauqosse 7.

3—6000 Mark
sind auf ein Baugrundstück im Kreise Namslau auf 1. Stelle zu 4 Prozent Zinsen bald oder bis 1. Januar 1919 zu vergeben. Von wem, zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Kontrollkarte
auf den Namen Gustav Steinert Grambschütz lautend, verloren. Abzugeben in der Exp. d. Bl.

Knabe
der **Schriftsetzer** werden will kann sich bald oder für später melden in der
Geschäftsstelle des Namslauer Stadtblattes.

Suche für sofort ein junges,
kräft. Dienstmädchen,
welches in der Landwirtschaft bewandert ist.
Frau **Schnorr,** Altstadt.

Dienstmädchen
für sofort gesucht. **Knaebel.**

3-4 Zimmerwohnung
ab 1. 1. 19 gesucht. Gefl. Angebote erbeten an
Baumgart,
Kreisausschußassistent,
Klosterstr. 14.

Nebst Beilage.

Beilage zu Nr 83 des Namslauer „Stadtblattes“

Namslau, Donnerstag, den 17. Oktober 1918.

Tagesberichte vom Großen Hauptquartier.

wtb. Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Zarren und der Lys wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemark- östlich von Roeselare, das nach hartem Kampf in Feindesland fiel, südwestlich von Isegem und nordöstlich von Menen zum Stehen. Menen und Wervik wurden gegen starke Angriffe behauptet. Übergangsversuche des Feindes über die Lys bei Komen vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittage gingen Handzahme und Kortemark verloren, starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Isegem und Menen konnte der Feind am Nachmittage nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Haute Deule-Kanal.

Am Selle-Abschnitt nördlich von Haussy und bei St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Im dichten Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Oise vor und faßte vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Origny Fuß. Umfassend angesetzter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Oise wieder zurück. Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisne-Bogen südwestlich von Grandpre.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpentry auf Vantheville führenden Straße. Die teilweise bis zu vier Mal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nisch fanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Wtb. Amtl. Großes Hauptquartier, 16. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Ihr Hauptstoß richtete sich auf Torhout in Gegend der Bahn Isegem—Kortrik. Auch gegen die übrige Kampffront führte der Feind vielfach durch Panzerwagen unterstützte heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere Truppen ihre Linien behauptet. An anderen Stellen wichen sie kämpfend aus und wehrten den Feind an rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenstöße ab. Auf dem nördlichen Angriffsflügel blieb Torhout in unserer Hand. Versuche des Feindes zwischen Berkem und Torhout in nördlicher Richtung vorzustoßen, wurden in erster Linie durch Truppen der 38. Landwehr-Division verhindert. Südöstlich von Torhout haben wir die Linie Lichtervelde—Isegem gehalten. Südlich von Isegem gelang es dem Gegner, über die Bahn Isegem—Kortrik hinaus vorzudringen. Östlich der Bahn brachten wir ihn zum Stehen. Westlich und südwestlich von Selle setzten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Bohain und der Oise griff der Feind erneut nach starker Artillerievorbereitung an. Nördlich der Straße Bohain und Alfonville hielten wir ihn durch unser Feuer nieder. Alfonville wurde nach heftigen Kämpfen gegen den beiderseits des Ortes und gegen den Ort selbst mit starken Kräften mehrfach anstürmenden Gegner gehalten. Auch der nördlich der Aisne vorbrechende feindliche Angriff scheiterte vor unseren Linien. Die seit Wochen fast ununterbrochen im Kampf stehende bayerische Infanterie-Division zeichnete sich wiederum besonders aus. Kämpfe vor unseren neuen Stellungen nördlich und nordöstlich von Laon und westlich der Aisne, in denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zufügten. Der Feind steht hier südlich der Serre und etwa in Linie Sissy—Siefonne-le Thour— St. Germainnon.

An der Aisnefront Erkundungsgefechte. Der zwischen Olizy und Grandpre auf Mouron entlang der Aisne vorspringende kleine Stellungsbogen wurde geräumt. Die dort kämpfende Truppe hat den Feind auch gestern wieder zu mehrfachen für ihn verlustreichen Angriffen veranlaßt und damit den mit dem vorübergehenden Halten des Bogens beabsichtigten Zweck voll erreicht.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneute heftige Angriffe der Amerikaner in unserem Feuer und vor unseren Gegenstößen gescheitert. Der Feind hat auch gestern trotz Einsatzes mit weit überlegenen Kräften starker Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich von Juvin, am Walde von Vantheville und nordöstlich von Gunel fanden die Kämpfe bei Eindruch der Dunkelheit ihren Abschluß. Auf dem südlichen Maasufer zersplitterten sich die zwischen der Maas und nordwestlich von Beaumont gerichteten Angriffe in dem unübersichtlichen Waldgelände in sehr heftigen Teilkämpfen, die zu unseren Gunsten endeten. Der Amerikaner erlitt auch gestern wieder außerordentlich schwere Verluste.

Der Erste General-Quartiermeister. Ludendorff.

Letzte Nachrichten.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Bei der Ersatzwahl für den verstorben Reichstagsabgeordneten Johannes Kaempf im Reichstagswahlkreis Berlin 1 wurden insgesamt 4764 Stimmen abgegeben. Davon erhielten der Geheime Justizrat Kempner (fortschrittliche Volkspartei) 2294 Stimmen, der Stadtverordnete Hugo Reimann (Soz) 1820 Stimmen, der Metallarbeiter Richard Müller (Unabhängiger So) 513 Stimmen, der Beamte Gellert (Antisemit) 178 und der Pole Korfanty 4 Stimmen, 8 Stimmen waren zersplittert und 47 ungültig. Es ist also Stichwahl zwischen Kempner und Reimann notwendig, Stichwahl erfolgt am 29. Oktober.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Auch am 14. Oktober lag die Stand Douai wieder unter schwerem Feuer englischer Geschütze.

WTB. Konstantinopel, 14. Oktober. Das Ministerium Talaat ist zurückgetreten. Das neue Ministerium hat die Geschäfte übernommen. Großwesir und gleichzeitig Kriegsminister ist Izzet Pascha, Minister des Inneren Fethi Bey, früherer türkischer Gesandter in Sofia, Marineminister ist Rissouf Bey, Führer des türkischen Kriegsschiffes Hamidiye während des Balkankrieges, Finanzminister Djavid Bey, der Minister des Aeußeren ist noch nicht ernannt. Die Geschäfte des Ministeriums des Aeußeren werden einstweilen von Nabi Bey, früher türkischer Botschafter in Rom, geführt.

WTB. München, 15. Oktober. Die liberale Fraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer hat folgenden Antrag eingebracht: Die Kammer wolle erklären: Angesichts der schweren Zeit, die dem deutschen Volke bevorsteht, legt die bayerische Volksvertretung Wert darauf, Zeugnis abzulegen für die unerschütterliche Einheit des deutschen Volkes und für seine feste Entschlossenheit, alles Schwere gemeinsam zu tragen. Die weit verbreitete Erbitterung über manche Erscheinungen des öffentlichen Lebens und der feste Wille, den Einfluß Bayerns innerhalb des Reichsganzen zu gebührender Geltung zu bringen, ändert nichts an dem Treueverhältnis, das unlösbar alle deutschen Stämme umschlingt. Alle Gerüchte über Bestrebungen, die angeblich in Bayern darauf hinausgehen, die Reichseinheit zu lockern oder ganz aufzulösen, verweist die bayerische Volksvertretung in das Gebiet grundloser, landesverräterischer Erfindung. Wie das bayerische Volk fest auf den Schutz des Reiches vertraut, so kann das Reich in

Not und Gefahr zuverlässig auf Bayern und alle seine Stämme zählen.

WTB. Bitburg (Eifel), 15. Oktober. Bei der gestrigen Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Daun-Prüm-Bitburg wurde anstelle des verstorbenen Zentrumsabgeordneten der Gutsbesitzer Reyses (Ztr.) mit allen abgegebenen Stimmen gewählt.

WTB. Berlin, 15. September. Nach der „Morningpost" vom 30. September sagte der irische Abgeordnete Devlin auf einer Versammlung in Ardee: Wie kann irgend ein Mitglied der englischen Regierung die Behandlung der Belgier, Franzosen, Serben, Russen oder Armenier durch die Besatzungsheere der Mittelmächte brandmarken und gleichzeitig der militärischen Besetzung Irlands und einer Zwangspolitik für Irland zustimmen, welche die Verneinung jeder Volksfreiheit bedeutet? Ist es zu verwundern, daß die Kanzler Deutschlands und Oesterreichs in der Behandlung Irlands die wirksamste Entgegnung auf die Schmähung der Verbündeten finden? Irland ist tatsächlich der Probierstein für die Ehrlichkeit der Verbündeten. Bei der Feier seines 70. Geburtstages sagte der irische Abgeordnete T. P. O'Connor in einer Rede in Liverpool: Ich bedauere, feststellen zu müssen, daß ich niemals die Stimmung der Irländer in Amerika so leidenschaftlich englandfeindlich gefunden habe, wie während meines letzten Besuches. Das wird nach dem Kriege so bleiben. Und was für eine Aussicht besteht zur Herstellung guter Beziehungen zwischen England und Amerika, denen ich im Interesse der Welt und des britischen Reiches so viel Wert beilege, wenn eine so bedeutende Gruppe der öffentlichen Meinung in Amerika unversöhnt bleibt?

WTB. Wien, 15. Oktober. Im Ausschuß der ungarischen Delegation für Aeußeres hielt Minister des Aeußeren Graf Burian das angekündigte Exposé, in dem er u. a. ausführte: Der Friedensschritt der Mittelmächte eröffnet, wie ich mit aufrichtiger Befriedigung feststelle, allen Völkern die Aussicht, daß es gelingen wird, in absehbarer Frist an allen Fronten zur Einstellung der Feindseligkeiten zu gelangen und in Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen, dauernden und gerechten Friedens einzutreten. Die Ueberzeugung müßte sich verallgemeinern und durchdringen, daß diesen Kampf nicht unbedingt das Schwert zu entscheiden habe. Die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September haben den Faden der Friedenserörterungen, der abgerissen zu sein schien, wieder aufgenommen. Die Aeußerungen Herrn Wilsons sind bei uns nie ohne Eindruck geblieben und nie prinzipiell abgelehnt worden. Wir bringen der in der Rede Wilsons vom 27. September geäußerten Auffassung der gegenwärtigen Weltlage volles Verständnis entgegen. Unser Vertrauen in das Wort des Herrn Präsidenten ist so groß, daß wir Kompensationen mit Entschiedenheit ablehnen, welche diesem Vorgehen technische, der Monarchie schädigende Motive unterschieben wollen. Es ist eine durchaus wichtige, nicht nur in den politischen, sondern auch in den militärischen Verhältnissen begründete Auffassung, wenn der Herr Präsident der Vereinigten Staaten in der Antwort an den deutschen Reichskanzler die Waffenstillstandsfrage und damit auch jene der Räumung des von den Mittelmächten an den Kampffronten besetzten feindlichen Gebietes als eine für die Mittelmächte einheitliche auffaßt. Schon die politische Solidarität der Mittelmächte würde eine abgesonderte Lösung dieser Frage für einen der Verbündeten unmöglich machen, und die Lage an der Front würde die Lösung der Waffenstillstandsfrage für eine der Mittelmächte allein gleichfalls ausschließen. Es wird sich also nur darum handeln, die technischen Voraussetzungen für die Durchführung der Räumung zu schaffen, wofür die Vereinbarungen zu treffen sein würden. Es ist wohl kein zu weit gehender Optimismus, wenn ich bei dieser Sachlage annehme, daß wir knapp vor der Einstellung der Feindseligkeiten stehen und in kurzer Zeit mit den Mächten der Entente in Verhandlungen eintreten werden. Graf Burian sagte weiter: Das zu schaffende Friedenswerk wird nicht von einem Tag zum andern geschaffen werden. Die Ausgestaltung der inneren Verhältnisse der Monarchie wird gleichfalls geraume Zeit erfordern. Zu allen Fragen, die spezielle Kenntnisse voraussetzen, werden Fachmänner herangezogen werden. Graf Burian fuhr fort: Innig vereint mit unseren treuen deutschen Bundesgenossen und mit der Türkei, die trotz der für sie durch das Ausscheiden Bulgariens geschaffenen Lage in Erfüllung der übernommenen Bundespflichten ausharrt, werden wir in die Verhandlungen eintreten. Wir werden bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen unser Vorgehen im steten gegenseitigen Einvernehmen mit unseren Verbündeten regeln. Ueber das Programm des Völkerbundes und die damit zusammenhängenden Fragen sagte Graf Burian: Die Schaffung der Lage der Nationen bildet die Voraussetzung für das Zustandekommen eines Friedens der unparteiischen Gerechtigkeit. Mit ihrer Aufrichtung wird die auf dem Machtprinzip beruhende Politik des Gleichgewichts der Mächtegruppen ihr Ende finden. Die einheitliche Organisation der Staaten wird ihre Sanktion in einer zu schaffenden überstaatlichen Vollzugsgewalt finden. Die Herabsetzung der Rüstungen und die Freiheit der Schiffahrt zur See gehören seit langem zu unserem Friedensprogram. Den friedlichen und freundschaftlichen Handelsverkehr mit allen Nationen wieder aufzunehmen, ist unser aufrichtiger Wunsch. Bezüglich Polens erklärte der Minister: Unsere Gesinnungen Polen gegenüber sind unverändert und wir wollen so wie bisher unter Berücksichtigung der Kräfte und Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie im Einvernehmen mit Deutschland die auf das Wohl Polens gerichteten Bestrebungen mit besten Kräften unterstützen. Sodann besprach der Minister die Lage in Rumänien und in der Ukraine, um dann alsfolgt zu schließen: Scharen wir uns alle in dieser schicksalsschweren Zeit um unseren Monarchen, der seit der ersten Stunde seiner Regierung nur ein Ziel gekannt hat: den mit ihm durch traditionelle Bande der Liebe und Treue verbundenen Völker einen, die ganze Zeit umfassenden Frieden der Versöhnung zu geben.

— **Der Kaiser und Hindenburg mahnen zum Zusammen- und Aushalten!** Auf das Gelöbnis zuversichtlichen Vertrauens hat der Kaiser der Handelskammer Saarbrücken und den Wirtschaftsverbänden des Saargebiets erwidert: „Die Stunde ist ernst, wir kämpfen für Zukunft des Vaterlandes und Schutz der Heimaterde. Dazu brauchen wir die geschlossene Massenwirkung der geistigen, sittlichen, wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands, auf deren Zusammenfassung unsere Unüberwindlichkeit beruht. Der Verteidigungswille muß alle Sonderanschauungen und Sonderwünsche zu einer großen Einheit der Auffassung verschmelzen. Gott schenke uns etwas vom Geist der Freiheitskriege." In der Antwort des Generalfeldmarschalls Hindenburg auf die Vertrauenskundgebung der kaufmännischen Wirtschaftsstände heißt es: „Ich bin der festen Ueberzeugung, daß unser Heer, wie bisher, die feindliche Uebermacht von der Heimat fernhalten wird. Ganz Deutschland muß sich immer vor Augen halten, daß es der feindliche Vernichtungswille ist, der uns die Fortsetzung unseres Daseinskampfes aufzwingt. Diese Erkenntnis wird Heer und Volk die Kraft zum siegreichen Durchhalten verleihen." Was bisher an gegnerischen Aeußerungen auf die Deutsche Friedensnote vom 5. Oktober vorliegt, zeigt nur zu deutlich, daß der feindliche Vernichtungswille noch nicht gebrochen ist. Jeder mache sich also bereit, das Seine zu tun, wenn es gilt, Hindenburgs Wort wahr zu machen!

Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Der Bundesrat stimmte heute vormittag einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu Absatz 2 des Artikels wird dahin abgeändert:

„Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt."

Absatz 3 wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages."

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

WTB. Berlin, 16 Oktober. Amtlich. Im Atlantischen Ozean versenkten unsere Unterseeboote

41000 Brutto-Registertonnen

Handelsschiffsraum, darunter mehrere Tankdampfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.